

hat die Bildung eines Blocks aus Minen mit den Maschinenfabrikatoren verworfen, aber der Bourgeoisie einen erbitterten Kampf angelegt. Der Deputierte Warenne wies darauf hin, daß gegen eine Kriegsgefahr oder gegen ein Ministerium Verteidigung ein Zusammengehen mit den Einheitskonsortien in Interesse des Friedens dringend erforderlich wäre.

**Räume in Petersburg?** Datto Wall meldet aus Petersburg: Seit fünf Tagen steht jede direkte Nachricht aus Petersburg. Es spielen sich jedoch, wie verschiedene von dort kommende Personen aus sagen, schwere Kämpfe ab zwischen kommunistischen Truppen und gegenrevolutionären Männern. Das Stadtmuseum von Petersburg befindet sich in den Händen der Gegenrevolutionären. Datto Wall bestätigt, daß drei bolschewistische Divisionen nach Petersburg abgerückt seien und daß die Stadt wiederholt vom Süden her belagert wurde.

**Rundnions Entschädigungsansprüche.** Rundnion hat durch seinen Vertreter Nikolai bei der Reparationskommission Entschädigungsansprüche in einer Gesamthöhe von 81,99 Milliarden Gold-Rubel angemeldet. Nach dem Boulogner Vertrag soll bekanntlich Rundnion 2 Prozent der Gesamtkasse verlangen. Vermöglich soll die jetzt eingerichtete Rundnion die Grundlage haben für die bis zum 1. Mai aufzustellende Gesamtrechnung. Außerdem beansprucht Rundnion noch 10.000 Wagen überlasteter Kohle im Jahre.

## Bezirksauschusssitzung.

In der letzten Sitzung des Bezirksausschusses der Umstädtschaft Schwarzenberg am 16. Februar führte der Vorsteher Amtshauptmann Dr. Kretzschmar, ferner der Feuerwehrrat Dr. Günther, die Tagesschaltung um die 37 Gemeindeverwaltungen zu den Gemeindewahlordnungen der Oberlausitz, Holzgrabenkreis, Dittendorf, Weißeritz, Schönetalhammer, Sosa und Wildenthal. Genehmigt wurden ferner der 4. Nachtrag zum Statut über die Unterstützung der in den Amtshäusern verfehlten Gemeindewahlen im Gebietsteil Carlssfeld mit Wildenthal, der ortsgesetzliche Beschluss über die Wahlberechtigung der Gemeindewahlen in Steinbach, der 3. Nachtrag zu den Bestimmungen über die Abgabe von Wasser aus der Gemeindewalserleitung in Grünthal, der 1. Nachtrag zum Ortsgesetz für Carlssfeld, die Nachschlüsselstellungen zu den Abtrennungen der Flurstücke Nr. 325 und 329 vom Grundstück Nr. 186 des Grundbuchs Nr. Oberaffalter und einer Anzahl Flurstücke vom Grundstück Blatt 752 des Grundbuchs für Lauter sowie die Beschlüsse der Direktion des staatlichen Bauarbeiterwerks in Oberlehma um Genehmigung zur Vergrößerung der Elektrolyse, Metallgewinnungsanstalt, und der Firma Neffler und Breitfeld, G. m. b. H., um Genehmigung zur Verbündung ihrer Wasserlieferungsanstalt im Eisenwerk in Wittigsthal. Kenntnis genommen wurde von den Verhandlungen wegen Errichtung einer staatlichen

**Kraftwagenlinie Annaberg-Schwarzenberg,** von dem Ergebnis der bisherigen Schritte in der Sache, der Regelung der Gebühren, sowie von dem Ergebnis der Verhandlungen des Ausschusses für die Errichtung von Erztrassen, Talspuren im Gebiete der Grottauer Mulde. Die Abänderungen der Satzung des Stuhlgelohnsverbandes Sachsischer Gemeinden und der Satzung des Arbeitgeberverbandes Sachsischer Gemeinden wurden als unabdinglich angesehen. Hinsichtlich der im Regulativ über das Meldeamt vorgesehenen Gebühren für postzustellte Außenwahlsendungen wurde auf die Erhöhung jeder Gebühr, einschließlich der der Abmeldung, auf 50 Pf. zugesprochen. Der Vorsitzende wurde ermächtigt, das Vorlaufsrecht bei nehmungspflichtigen Grundstückserneuerungen gemäß Paragraph 11 des Gesetzes vom 20. November 1920 für den Bezirksverband geltend zu machen und gegebenenfalls auf seine Gemeinden zu übertragen. Kenntnis genommen wurde von der Mitteilung der Umstädtschaft Auerbach über ihre Stellungnahme zu den geplanten Errichtung einer gemeindlichen Feuerwehr. Die Vorbereitung des Straßen- und Wasserbaus auf Bewilligung von Berechtigungen an die Hochwasserbeobachter aus Jahr 1920 wurden angenommen. Der Haushaltplan für das Prinzess-Wilhelms-Stift auf das Rechnungsjahr 1921/22 wurde mit einigen Änderungen genehmigt. Das Gutachten des Kaufmanns Treffel in Grünhain um Erlaubniserteilung zum Kleinhandel mit Spirituosen in verschlossenen Flaschen wurde genehmigt, dagegen die Beschränkungen des Konditors Reuther um Erlaubniserteilung zum Kaffeehaus im Hause Nr. 11/12 zu Oberaffalter und des Kaufmanns Neher in Lauter um Erlaubniserteilung zum Kleinhandel mit Spirituosen in ganzen Flaschen abgelehnt. Endlich kamen in nichtöffentlicher Sitzung vereinbarte auf den Bezirk, den Bezirksvorstand und das Bezirksamt liegende Punkte zur Erledigung.

**Darlehen an die Bauhütte, e. G. m. b. H. in Aue** wurde zurzeit abgelehnt, der Bauhütte aber von Fall zu Fall bei Ausführungen von Bauten im Bezirk die Gewährung von Darlehen unter gewissen Bedingungen in Aussicht gestellt. Der Bezirksausschluß erklärte sich einverstanden mit der Übertragung der Abbrucharbeiten des Anschlussgleises zum Lagerstättewagen des Bezirksverbandes auf dem Bahnhof Aue an die vorgelegte Firma. Die Vorläufige des Straßen- und Wasserbaus auf Bewilligung von Berechtigungen an die Hochwasserbeobachter aus Jahr 1920 wurden angenommen. Der Haushaltplan für das Prinzess-Wilhelms-Stift auf das Rechnungsjahr 1921/22 wurde mit einigen Änderungen genehmigt. Das Gutachten des Kaufmanns Treffel in Grünhain um Erlaubniserteilung zum Kleinhandel mit Spirituosen in verschlossenen Flaschen wurde genehmigt, dagegen die Beschränkungen des Konditors Reuther um Erlaubniserteilung zum Kaffeehaus im Hause Nr. 11/12 zu Oberaffalter und des Kaufmanns Neher in Lauter um Erlaubniserteilung zum Kleinhandel mit Spirituosen in ganzen Flaschen abgelehnt. Endlich kamen in nichtöffentlicher Sitzung vereinbarte auf den Bezirk, den Bezirksvorstand und das Bezirksamt liegende Punkte zur Erledigung.

## Von Stadt und Land.

Aue, 18. Februar 1921

**Hausleih.** Das Reichsarbeitsministerium hat dem höchsten Wirtschaftsministerium und den übrigen beteiligten Ministerien der Länder folgendes Schreiben zugehen lassen: Dem Reichsarbeitsministerium ist von verschiedenen Seiten die Anregung unterbreitet worden, bis Erhebung des ländlichen Hauses durch eine im Reichsarbeitsministerium einzurichtende Stelle (Hausleih-Förderungsstelle) planmäßig zu betreiben. Durch diesen Hausleih soll den nicht vollbeschäftigte Arbeitsmänner auf dem Lande, besonders im Winter, Füllearbeit geboten werden.

Bemerkt wird von der Förderung des Hausesleihes erhofft, daß die Landarbeiter und ländlichen Siebler sich dadurch Wirtschaften, Güldwaren, Stoffe und andere Gegenstände billig werden herstellen können. Als Arbeitsgebiete, die für den Hausesleih in Frage kommen, werden genannt Holzhauarbeiten, Metzgerleistung, Möllerservice, Weberei und Spinnereifabrikation, Kunstgewerbe und vergleichende. Das Reichsarbeitsministerium bittet die beteiligten Stellen um gesetzliche Genehmigung zu dieser Anregung. — Das höchste Wirtschaftsministerium hat dieses Schreiben den Handels- und Gewerbezimmern zur gesetzlichen Genehmigung übertragen.

**Musterprüfung.** Die Gelehrten Paul Junghans und Wilhelm Müller, beide in Aue, haben die Musterprüfung im Friseurgewerbe bestanden.

**Rechtsrat im Damenschneider- und Punktnerhandwerk.** Die Gewerbezammer Plaatz hat mit Genehmigung der Kreishauptmannschaft gemäß Paragraph 15a Absatz 2 der Reichsgewerbeordnung die Lehre im Damenschneider- und Punktnerhandwerk für Rückführung vom 1. April 1922 auf drei Jahre festgelegt.

**Sachsen und die Ernährungsmittelkonkurrenz.** In der nächsten Woche findet in München die neue Konferenz der Ernährungsminister statt. Von Sachsen werden hierbei Ministerialdirektor Dr. Höhne, Sekretär Dr. Göttsche und der Leiter der Betriebsprüfstelle, Oberregierungsrat Rennert, teilnehmen. Das höchste Wirtschaftsministerium ist der Aufstellung doch nach dem Ergebnis der letzten Jahr und bei den Verhandlungen in Sachsen die Ernährungswehr für Großbetriebe beibehalten werden müsse. Eine Rendierung dieser Aufstellung wird nur dann möglich sein, wenn nachgewiesen werden kann, daß in den anderen Teilen des Reichs die ähnlichen Zustände nicht mehr aufrecht zu erhalten sind. Die höchsten Vertreter werden vorliegen, doch kann der nach der Wiederholung des Prüfgerichts verbleibende Zeit nicht mehr festes Landes zugelassen werden. Sofort wird eine Erhöhung des Betriebspreises nicht vermieden lassen, so wird Sachsen verlangen, daß eine Erhöhung der Brotpreise ausgeschlossen ist. Auf der Tagessitzung der Konferenz steht auch die Kartoffelversorgung. So wird sie für die sächsischen Delegierten darum handeln, daß ein weiter, doch außerordentlich Kartoffel in großen Mengen zur Verfügung gestellt werden.

**Ganz Sachsen ein Kartoffelbezirk?** Ein aus Dresden gewählt wird, haben die Unabhängigen die sächsische Regierung aufgefordert, bei der Reichsregierung mit allen Mitteln zu erreichen, daß ganz Sachsen als einheitliches Staatsland erkläre wird. Weiter fordert der Antrag der unabhängigen Freiheit, bei der Regierung für die Übertragung der Kartoffelsteuern auf die sächsische Regierung zu lehnen und dann den Arbeitgeber, eine einmalige Unterstzung zu gewähren, und zwar: den Arbeitnehmern nach 18 Wochen 200 R., nach 20 Wochen 300 R., nach 22 Wochen 400 R. und nach 22 Wochen 600 R. Die Leidigen sollen die Hälfte erhalten.

**Weitere politische Kartoffel für Sachsen.** Bekanntlich hat das Reich mit Polen einen Kartoffel-Lieferungsvertrag abgeschlossen, worin bestimmt wird, daß auch auf Sachsen 100.000 Zentner entfallen sollen. Wie wir hören, werden bei jüngerer Witterung die Kartoffellieferungen aus Polen nicht nur reichlicher, sondern auch in besserer Qualität fließen. Zum Stande des Streits in der Aue Herreawäsche-Industrie hören wir, daß heute nachmittag in Brotzau der Schlichtungsauftakt zusammen treten wird, der von den Arbeitnehmern angerufen worden ist. Da es zu klärenden Schiedssprüche werden auch die Arbeitgeber, die nicht Verbandsmitglieder sind, unterscheiden. Voraussichtlich wird der Ausstand mit dem Schiedsspruch sein Ende erreichen.

**Niedrigung des Transportarbeiterstreiks in Sachsen.** Außer in Crimmitschau sind auch in Leipzig, Glauchau, Werdau und Merseburg Transportarbeiter wegen der Ablehnung des Schiedsspruches durch die Arbeitgeber in den Ausstand getreten. Der Streit droht weiter, um sich zu greifen. Zur Frage der Wohnungsaufgabe (Wiesleiter). Die Nachfrage des Staatsanwalts Schreiber: In der Presse sind in letzter Zeit häufig unrichtige Mitteilungen über die Frage einer Wohnungsaufgabe (Wiesleiter) veröffentlicht worden. Deshalb sei die Sache im folgenden klargelegt: Die Reichsregierung hatte im Dezember 1920 dem Reichstag den Entwurf eines Wohnungsaufgabegesetzes vorgelegt. Dieser Entwurf fand nicht den Beifall des Reichstags, der seinerseits einen anderen Entwurf ausarbeitete. Beide Entwürfe wurden gleichzeitig im Januar dem Reichstag unterbreitet. Da ihre Prüfung längere Zeit beansprucht, andererseits sofort Mittel zur Hebung des Wohnungsbaus benötigt werden, hat der Reichstag die Prüfung der Entwürfe einem Ausschuß übertragen und ein Rotegelekt beschlossen, auf Grund dessen sofort Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Der Inhalt des Gesetzes ist kurz folgender: Die Länder haben zur Förderung des Wohnungsbaus in den Jahren 1920 und 1921 zusammen mindestens 30 Mark auf den Kopf der Bevölkerung aufzubringen. Zu diesem Zweck erheben die Länder für die Jahre 1921 bis längstens 1940 eine Abgabe von den Einkunftsberichtigten, der vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäuden diese Abgabe können die Länder die Mittel durch einen Zuschlag an einer bestehenden oder durch eine neue Steuer vom Grundbesitzern von den vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäuden oder vor diesem Zeitpunkt erbauten Grundstücken desto. Die Grundsätze für diese Abgabe treffen die Länder, falls sie nicht bis zum 1. Mai 1921 durch Reichsgesetz geregelt sind. Die Regierung der Provinz hält also zunächst von der weiteren Stellungnahme des Reichstages zu den beiden ihm vorliegenden Entwürfen ab, wodurch auch die Entschließung der Länder über Erhebung einer Abgabe vom Grundbesitzern anstelle der Wohnungsaufgabe bedingt wird.

## Theater, Konzerte, Veranstaltungen

Einen volkstümlichen Abend veranstaltete Dienstag, den 22. Februar abends 18 Uhr im Bürgergartenlokal der Bildungsanstalt. Als Rezitatorin und Sängerin für Lauten hat der Ausschluß die in Aue tätige Frau Margarete Wallotzke, Berlin, gewonnen. Frau Meta Feig und Bürgerschulsozialistin Böhl, Aue, haben von musikalischen Teilen des Programms Klavier, Cello und Violin übernommen. Die Eintrittspreise sind niedrig gehalten. Den Besuchern werden einige genussreiche Stunden geboten werden.

**Hugenobend im Regierungsbezirk Aue.** Gestern fand im Bürgergartenlokal der vier Hugenobend bei vollbesetztem Hause statt. Es waren weit über 400 Besucher in fast nur dörflicher Kleidung anwesend. Es gab ein herrliches buntheites Bild. Ein höllisch tollmütiger Dorfschiff verhinderte in ergeblieblicher Sprache den Hugenoben ihre Verhinderungsmaßnahmen. Wegen Verhinderung des 1. Vorstandes begrüßte der zweite Vorstand, Oberlehrer Hammann die Anwohner mit herzlichen Worten. Nach einem allgemeinen Gesang kam der ergebnisreiche Schwank: Der liebe Ehemann — zur Verführung. Die Bühne war in ein traumhaftes Ergebungsstädtchen verwandelt. Die Darsteller hatten ihre Rollen sehr gut erachtet, sie begeisterten vollständig den Zuschauer und so die Rollen nach dem Chorchor des Erstes ver-

schieden waren, so gab es ein schönes abgerundetes Bild. Von großer Komik und großem Weißtum wurde die lustigen Hobelspuren durch humoristische Bilder, unterstützt von H. Stoll, vorgeführt. Alle Darsteller erzielten reichen Erfolg. Nach den Aktenen zweier Harmonikaspiele und der Haustafelle wurde das Tanzbein kräftig geschwungen. Nur zu bald verhinderte die gefeierte Stunde das Ende des schönsten Harmonie und in tollstem gebürtigen Frohsinn verlaufenen Abends.

**Carolintheater-Viertspiel.** Zum ersten Male sollte gestern im Carolintheater-Viertspiel der Kolossalfilm: Die entfesselte Menschheit — über die weiße Wand und über auf die Bühne eine beeindruckende Wirkung aus. Der Film zeigt ein mit Bildern aus dem deutschen Gefangenensee in Sibirien, streift die russische Revolution und wandert sich dann den Vorgängen in Deutschland nach dem 9. November 1918 zu. In diesem Sinne willt er, wie der Böhmewismus nach Deutschland getragen wurde. Das alles wird vor Augen geführt in wahrhaft meisterlichen Bildern unter Aufwand erstaunlicher Volksmengen und eines großen Apparates überhaupt so besonders in den Straßenläden, bei denen Maschinengewehre, Handgranaten, Flammenwerfer, Geschütze, Schwerer usw. eine große Rolle spielen. Die Träger der Handlung sind Idealisten, Schwärmer, Genießer, Frei, alle Charaktere, die bei Volksfeiern bevor zu treten pflegen. Wer ein gewaliges Glück der jüngsten Vergangenheit plätscht so nachempfinden will, der versteht nicht, ich den Film anzusehen. Der in den nächsten Tagen noch mit einem vor trefflichen Vierprogramm in den Carolintheater-Viertspielen vorgeführt wird.

**Boden, 15. Februar.** Gemeinderatsitzung. Um Dienstag der 15. Februar stand hier öffentliche Gemeinderatsitzung im Sitzungssaal des Gemeindeamtes statt. Die Gebühren für Wohnungslugosse, Grundbuchen, Erhöhung der Gehaltszettel, Gebühren für die Befreiung der Befreiungszettel und Befreiungszettelfestsetzungswesen wurden genehmigt. Der Kosten des Wocheneides soll zur nächsten Sitzung beraten werden. Die Geschäftszettel für das Gemeindeamt wird in der nächsten Sitzung erledigt.

**Schönheide, 17. Februar.** Verhaftete Viele und Schäler. Wegen verschiedener Einbrüche wurden die Arbeiter Schäler, Bauer, Müller, Wittek und Lenz ins Strafgefangnis nach Eibenstock eingeliefert. Es handelt sich dabei um einen Einbruch in die Scheune der Firma Unger und Schöne in der Nacht zum 11. Dezember, wo bei ein Motor gestohlen worden ist. Dieser Motor ist jetzt in einem Wald aufgefunden worden. Ferner läuft einigen der Verhafteten ein Einbruch bei dem Gastwirt Stöger in Wildenau in der Nacht zum 7. u. 8. M. die Räume, wobei eine Kuh gestohlen wurde. Die Kuh kam die Gießerei an der Zentralen Münnich verkauft, der deshalb wegen Verdachts der Heilerei ebenfalls verhaftet ist. Auch in Schönau und anderen Orten sollen die Verhafteten Einbrüche begangen haben.

**Glauchau, 17. Februar.** Entstehung der Disziplinarlammer im Falle Brink. In dem Disziplinarverfahren gegen den Bürgermeister Brink von Glauchau wegen der Vorgänge anlässlich des Kapp-Putsch am 18. März — der Bürgermeister hatte u. a. eine schwör-woch-zur Fahne hissen lassen — hat die Disziplinarlammer das Urteil gesprochen, daß kein Anlaß vorliegt, die Dienstentlassung auszusperren.

**Leipzig, 17. Februar.** Keine Gefährdung der Leipziger Schule. Um 18 Uhr kam der Bürgermeister Brink von Glauchau wegen der Vorgänge anlässlich des Kapp-Putsch am 18. März — der Bürgermeister hatte u. a. eine schwör-woch-zur Fahne hissen lassen — hat die Disziplinarlammer das Urteil gesprochen, daß kein Anlaß vorliegt, die Dienstentlassung auszusperren.

**Bautzen, 17. Februar.** Neue Steuern. Die Erhebung einer Klavier- und Grammophon-Steuer haben die sächsischen Kollegen beschlossen. Für Klavier sollen jährlich 50 R., für Klaviergrammophone 100 und für Grammophone 10 R. Steuern erhoben werden. Nachdem das Ministerium keine Bedenken gegen diese Steuer erhoben hat, ist sie von der Bezirksausschusse der Umstädtschaft auf Weiters gründlich genehmigt worden.

**Leipzig, 17. Februar.** Keine Gefährdung der Leipziger Schule. Um 18 Uhr kam der Bürgermeister Brink von Glauchau wegen der Vorgänge anlässlich des Kapp-Putsch am 18. März — der Bürgermeister hatte u. a. eine schwör-woch-zur Fahne hissen lassen — hat die Disziplinarlammer das Urteil gesprochen, daß kein Anlaß vorliegt, die Dienstentlassung auszusperren.

**Bautzen, 17. Februar.** Der neue Bautzener Landgerichtspräsident. Wie verlautet wird, als Nachfolger des jetzigen Landgerichtspräsidenten Geheimen Rats Dr. Hugemann in Bautzen der jetzige sächsische Justizminister Dr. Harnisch an erster Stelle genannt, der die Wahl haben soll, sein Ministerposten in absehbarer Zeit zur Verfügung zu stellen. Als zweiter Kandidat kommt der Ministerialdirektor im höchsten Justizministerium Dr. Wälfle in Frage. Als legter Kandidat wird Landgerichtspräsident Kipp genannt, der bereits dem Bautzener Landgericht als Vorsitzender einer Diskussionsrunde angehört.

## Vermischtes.

**Vom Schmerzenslager des ehemaligen Kaiserin.** Der neueste ärztliche Bericht aus Haus Doorn über das Befinden der Kaiserin lautet: Die Verfassung der Kaiserin trage verhältnismäßig eine leichte Minderung, bei Leistungsfähigkeit des Herzens, als deren Folge starke Schwäche in Leber und Nieren bestehen. Anfälle von Herzschwäche erhöhen den Ernst des Zustandes. Eine Besserung darf bei dem unaufhaltbaren, wenn auch zeitweise langsamem Fortschreiten des Leidens nicht erwartet werden.

**Der Mörder des Hauptmanns Berthold verhaftet.** In Hohenburg wurde ein Mann verhaftet, von dem jetzt mit Bestimmtheit behauptet wird, daß er bei den Märzen-Unruhen im Jahre 1920 in Hohenburg den Führer der Burschenschaft, Hauptmann Berthold, erschossen hat. Das weitere muß die bereits eingeleitete Untersuchung ergeben. Bekanntlich ist vor kurzem vor dem Schwurgericht in Stade gegen die angeblichen Mörder ergebnislos verhandelt worden.

**Einer reicher Rentner.** Bei dem Mühlenbesitzer Klein in Kothrau, der der Steuerbehörde gegenübersetzte, hat der Mühlenbesitzer gegenübersetzt, daß er nicht eingetragen sei, wurde, wie dem B. I. aus Kothrau berichtet wird, durch eine Streife des Landjägerkorps eine gründliche Haussuchung vorgenommen. Man fand dabei 30.000 R. in Tasche und Zwanzigmärkten, ferner 80.000 R. in Geldbündeln, ebenso 10.000 R. in Goldschmiedekunst. Das Geld wurde für die Staatskasse beschlagnahmt.

**Wiesle Kinos hat Deutschland?** Das Kino heute nicht lediglich eine Großstadteinrichtung, sondern auch in Kleinstadt und Mittelstadt verdeckt. Es geht aus einer Statistik hervor, die das Fachblatt "Lichtbild-Welt" veröffentlicht. Danach gibt es im Deutschen Reich 2104 Orte mit 3731 Kinos. Von den Orten mit weniger als 10.000 Einwohnern sind 1219 Kinohäuser, während 810 noch keine aufzuweisen haben. Überraschend ist es, daß es unter den Städten mit 10.000 Einwohnern noch 30 ohne ein Kino gibt.

**Eine schwindende Mine.** Wiesle hat Deutschland? Das Kino heute nicht lediglich eine Großstadteinrichtung, sondern auch in Kleinstadt und Mittelstadt verdeckt. Es geht aus einer Statistik hervor, die das Fachblatt "Lichtbild-Welt" veröffentlicht. Danach gibt es im Deutschen Reich 2104 Orte mit 3731 Kinos. Von den Orten mit weniger als 10.000 Einwohnern sind 1219 Kinohäuser, während 810 noch keine aufzuweisen haben. Überraschend ist es, daß es unter den Städten mit 10.000 Einwohnern noch 30 ohne ein Kino gibt.